



„Es tarat brenna“. Rund 800 Mal brennt es pro Jahr auf Bauernhöfen in NÖ. Eine Kampagne informiert jetzt über Gefahren. **Seite 12**

9
11. März 2026

Die Krux mit Dienstzeit-Reform der Polizei

Breiter Protest. Der Erlass zum neuen Dienstzeitmodell wird von der roten, schwarzen und blauen Gewerkschaft abgelehnt. Der Testballon startet in fünf Bezirken – unter anderem im Bezirk Gänserndorf und in Wien-Brigittenau.

Von Patrick Wammerl

Keine 24-Stunden-Dienste mehr, weniger Überstunden, dafür mehr (reguläre) Wochenenddienste und dazu noch drohende Gehaltsverluste: Je mehr über die größte Dienstreform in Polizeikreisen intern bekannt wird, umso größer scheint der Widerstand zu werden. Dass die rote (FSG), schwarze (FCG) und blaue (AUF) Gewerkschaft einer Meinung sind und Seite an Seite gegen die Reformpläne des Innenministeriums aufbegehren, hat in dieser Form Seltenheitswert.

Mit dem geplanten „Dienstzeitmanagement Neu“ (DZM) würde personell bei den österreichweit 33.000 Polizisten kein Stein auf dem anderen bleiben, kritisieren die obersten Gewerkschafter. Als Testballon soll das neue Dienstzeitmodell noch vor dem Sommer in Niederösterreich im Bezirk Gänserndorf, in den Stadtpolizeikommanden Wien-Brigittenau und Linz sowie in Bregenz und Leibnitz zum Einsatz kommen.

Wie das Innenministerium die Neuerungen verkauft und welche Message bei den betroffenen Polizisten im Streifendienst ankommt, sind zwei Paar Schuhe. Gedreht werden soll vor allem an der Dienstzeit. 24-Stunden-Dienste wird es im neuen Modell nicht mehr geben, die Normarbeitszeit liegt zwischen acht und maximal 13 Stunden pro Tag. Eine große Sorge der Uniformierten sind deshalb mögliche Einkommensverluste durch den Wegfall von Überstunden bzw. Journaldiensten. Derzeit ist es so, dass jeder Überstunden kassiert, wer mehr als ein Wo-

Bei der Polizei ist die geplante Reform der Dienstzeit derzeit ein brennendes Thema.



„Das neue System hat erhebliche Auswirkungen auf die Arbeitsbedingungen und das Einkommen.“

Martin Noschiel
FSG-Gewerkschafter

FSG

chenende pro Monat im Dienst ist. Das soll sich ändern. Künftig sollen Wochenenden verstärkt zum fixen Bestandteil der Arbeitszeit werden, indem Polizistinnen und Polizisten bis zu 48 Arbeitsstunden pro Monat regulär an Wochenenden eingeteilt werden können.

„Die bisherige Regelung mit einem Plandienstwochenende stellt ein bewährtes Gleichgewicht zwischen dienstlichen Erfordernissen und den berechtigten Interessen der Bediensteten dar. Eine Ausweitung der Wochenendbelastung bedeutet eine erhebliche Einschränkung sozialer Anbindung so-



„Wir haben ein gut funktionierendes Dienstsysteem. Warum sollte man das jetzt ändern?“

Hannes Luef
FCG-Gewerkschafter

BMI SCHÖBER

wie familiärer Planbarkeit“, sagt Martin Noschiel, FSG-Fraktionsvorsitzender im Zentralkomitee des Innenministeriums.

Weniger Belastung

Für die Reformer im BMI ist das Gegenteil der Fall. Es gehe darum, die Überstundenbelastung der Beamtinnen und Beamten zu reduzieren – in Wien sind im Vorjahr beispielsweise mehr als zwei Millionen Überstunden angefallen. Wer freiwillig Überstunden machen möchte, habe über einen Überstunden-Pool im neuen Dienstzeitmodell auch die Möglichkeit dazu. Aus diesem Topf an „dienstwilligen“ Beamten will man schöpfen, wenn personalintensive Großeinsätze oder Schwerpunktaktionen anstehen. Im BMI bezeichnet man die größere Flexibilität als „familienfreundlich“. „Das sehen wir nicht so. Mehr Wochenenddienste führen objektiv zu einer Verschlechterung der Vereinbarkeit von Beruf, Familie und Freizeit“, erklärt Noschiel. Die vorgesehene Reduktion der Journaldienststunden führe laut FSG „definitiv zu einem Einkommensverlust“. Laut Berechnungen aus den Bundesländern könnten die Abstriche bis zu 500 Euro netto pro Monat ausmachen, in Einzelfällen auch mehr. „Viele Bedienstete haben langfristige finanzielle Verpflichtungen, insbesondere Wohnfinanzierungen oder familiäre Unterhaltszahlungen“, so Noschiel. Sie würden solche Einbußen besonders hart treffen. In einem offenen Brief an das Ministerium verlangt die FSG eine Evaluierung des Erlasses und legt einen 5-Punkte-Plan vor. Da-

rin wird unter anderem gefordert, die Journaldienststunden im bisherigen Ausmaß beizubehalten und 24-Stunden-Dienste auf freiwilliger Basis weiterhin zu ermöglichen.

Auch die schwarze Polizeigewerkschaft FCG hat im Fachausschuss gegen die vorliegende Version des Erlasses gestimmt. „Wir haben ein gut funktionierendes Dienstsysteem. Warum sollte man das ändern und auf mehr Flexibilität umstellen?“, sagt der nö. FCG-Gewerkschafter Hannes Luef. Man brauche weder Umfragen noch Unterschriftenlisten, um zu wissen, was die Mehrheit der Polizistinnen und Polizisten wolle. Nämlich weiter 24-Stunden-Dienste, nur ein Plandienstwochenende und Freiwilligkeit für Überstunden, sowie keine Gehaltsverluste, heißt es vonseiten der Fraktion christlicher Gewerkschafter. „Wir werden genau diese Punkte mit dem Dienstgeber verhandeln. Das ist unsere Aufgabe“, erklärt Luef.

Wien hat Sonderstellung

Besonders in Wien, so die Kritiker, könne das neue Dienstzeitmodell die ohnedies „eklatante Personalknappheit nicht kompensieren“. Solange der Personalstand nicht aufgestockt werde, sei der Erlass in dieser Form nicht umsetzbar.

Die blaue Polizei-Gewerkschaft AUF hat bis vergangenen Sonntag eine Umfrage zum neuen Dienstzeitmanagement abgehalten. Nach eigenen Angaben haben mehrere Tausend Polizisten daran teilgenommen. Die Umfrageergebnisse werden aktuell ausgewertet.

Fakten

Umsetzung

Der stv. steirische LPD-Direktor Joachim Huber leitet das Projekt „Dienstzeitmodell Neu“. Noch vor dem Sommer wird die Einführungsphase in fünf Stadt- und Bezirkskommanden gestartet.

Überstunden

Das Innenministerium will mit dem neuen Modell Überstundenbelastungen reduzieren. Beamte sollen entscheiden, ob sie lieber Freizeit oder überstundenorientierten Dienst anstreben, so das BMI. Die Entscheidung soll alle drei Monate neu getroffen werden können.

Elisabeth Gürtler und ihr „Luxus“

Von Martin Lammerhuber

In Gesellschaftskreisen wird sie unterschiedlich titulierte: Grande Dame, Opernball-Diva oder Lady. Dieser Tage durfte ich Unternehmerin Elisabeth Gürtler treffen. Wir beide sind immer wieder in der Tullnfelder Gemeinde Atzenbrugg zugegen. Ich im Seminarzentrum, das im Schubertschloss angesiedelt ist, und die ehemalige Sacher-Chefin in der Aumühle.

Ihr nunmehriger Landsitz wurde von ihrem Großvater früher mit Hunderten Schweinen bewirtschaftet. Bei unserem Treffen haben wir über das Freiwilligenwesen, den Reiz des ländlichen Raums und über die Kostbarkeit des Lebens gespro-

chen. Keine Spur einer Luxus-Diva, obwohl es ihr Hauptjob ist, in ihrem Seefelder 5-Sterne-Resort Luxus zu verkaufen. Eine Frau mit Bodenhaftung: „Der größte Luxus ist die persönliche Zeit.“

Übrigens: Ihr erstes Geld verdiente sich die studierte Welthandelskauffrau durch das Sammeln von Kastanien, die sie an Wildfütterungsstationen verkaufte. Auch das tagelange Sortieren von Äpfeln beim Ernteeinsatz prägt sie bis heute: „Man muss anpacken, geschenkt wird einem nichts.“

Ihre Selbstdisziplin beweist sie bei der Erstellung ihres täglichen Essensplans. Hier sind keine fetten „Ausreißer“ dabei, sondern meist Joghurt, Müsli und Paradeiser. Meiner gedanklichen Sehnsucht nach einer Sa-

chertorte folgte ein Kalorien-dämpfer: „Abund zu esse ich ein Stück, aber dann habe ich wegen dem Zucker ein schlechtes Gewissen“, so die sportliche Wahl-Atzenbruggerin.

Folgendes habe ich mitgenommen: Frau Gürtler besticht durch ihre Bescheidenheit und Unkompliziertheit, aber man kann sich trotzdem etwas Süßes gönnen. Im Auto habe ich mir dann den Hit von Udo Jürgens abgespielt, der sich heuer zum fünfzigsten Mal jährt: „Aber bitte mit Sahne!“ Conclusio: Sich selbst etwas Gutes zu tun, tut gut, und das gilt für viele Belange des Lebens!

Der Autor ist Geschäftsführer der Kultur.Region.Niederösterreich.

niederösterreich@kurier.at

